

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

JOHN FOSTER DULLES

Herausforderung und Reaktion in der amerikanischen Politik

Mit freundlicher Genehmigung des Verlages veröffentlichen wir aus der amerikanischen Zeitschrift „FOREIGN AFFAIRS“ (Oktober 1957) den folgenden Artikel des Außenministers der Vereinigten Staaten:

Der 35. Jahrestag der Gründung der Zeitschrift „Foreign Affairs“ bietet eine willkommene Gelegenheit, Betrachtungen über die Entwicklung der Außenpolitik der Vereinigten Staaten anzustellen und die Rolle zu überdenken, die wir heute in Übereinstimmung mit unseren wertbeständigen nationalen Prinzipien einnehmen können. In diesem Drittel des Jahrhunderts hat die Konzeption des amerikanischen Volkes hinsichtlich des angemessenen Anteils seiner Regierung an der Weltpolitik eine Wandlung erfahren.

Seit Beginn des Bestehens unserer Nation war das amerikanische Volk davon überzeugt, daß es eine Mission in der Welt zu erfüllen habe. Es war der Meinung, daß „sein Verhalten und

Es bedurfte des ersten Weltkrieges, bis wir weitgehend mit in die internationalen Krisen und Auseinandersetzungen hineingezogen wurden. Später, in den dreißiger Jahren, gipfelte dann eine Serie kritischer Geschehnisse im größten aller Kriege. Als er zu Ende gegangen war, hatte sich eine gründliche Wandlung vollzogen. Es war klar geworden, daß die Haltung und das Beispiel unseres Volkes allein nicht mehr genügte, um immer wiederkehrende Gefahren für unsere Sicherheit und unseren Lebensstil zu verhindern. Es lag ferner klar auf der Hand, daß wir nur gemeinsam, mit anderen solche Herausforderungen würden zurückweisen können. Überdies hatte sich unsere nationale Stärke zu einem so eindrucksvollen Faktor entwickelt, daß es von vornherein ausgeschlossen war, ihr nur den Charakter einer im Hintergrund wirkenden, neutralisierenden Kraft zuzuerkennen.

So hat denn unsere Regierung seit 1945 in einer Koalition freier Nationen, die sich den Grundsätzen internationaler Ordnung ebenso verschrieben haben wie dies unser Volk schon lange getan hat, eine führende Rolle gespielt.

Noch immer gibt es so etwas wie Sehnsucht nach der „guten alten Zeit“. Sie wird noch verstärkt durch immer wiederkehrende Beweise dafür, daß wir — mag unsere Stärke auch noch so

groß sein — nicht alles vermögen. Wir können nicht befahlen, daß die Welt so werde, wie wir sie uns wünschen. Selbst Nationen, die weitgehend auf uns angewiesen sind, folgen nicht immer dem Kurs, den wir für den richtigen halten. Denn sie sind unabhängige Nationen und nicht unsere Satelliten. Unsere Stärke und unsere Politik stellen nur einen der wichtigen Faktoren dar in der Welt, in der wir leben. In Verbindung mit anderen Faktoren ist es möglich, den Lauf der Ereignisse wesentlich zu beeinflussen. Aber wir können nicht in völliger Eigenmächtigkeit handeln. Dies ist für viele Amerikaner ein Ärgernis.

Vielleicht hat sich das amerikanische Volk in die Rolle, die ihm die Geschichte zudiktirt hat, noch nicht völlig hineingelebt. Aber zumindest ist ein guter Anfang gemacht. Es ist unwahrscheinlich, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt Bemühungen um eine Herauslösung der Vereinigten Staaten aus einer offiziellen und aktiven Beteiligung an internationalen Angelegenheiten Erfolg haben könnten. Um aber zu bewirken, daß eine solche Beteiligung die Unterstützung der Bevölkerung genießt, muß unsere Außenpolitik mehr als bloße Politik sein. Sie muß augenfällig die traditionellen Bestrebungen unseres Volkes widerspiegeln.

INHALT DIESER BEILAGE:

John Foster Dulles:

„Herausforderung und Reaktion in der amerikanischen Politik“

Alphonse Juin:

„Freiheit und Sicherheit Europas“

sein Beispiel“ (siehe „The Federalist“, Nr. 1) das Geschehen in der ganzen Welt beeinflussen und die Verbreitung freier Institutionen fördern werde. Aber es war auch von jeher der Meinung, daß es besser für seine Regierung wäre, sich aus internationalen Streitfragen herauszuhalten. Und so überließen die Vereinigten Staaten — mit wenigen Ausnahmen — das Feld der internationalen Politik den Regierungen der „Großmächte“ des 19. Jahrhunderts.

Die Feindseligkeit des Kommunismus

Die Außenpolitik der Vereinigten Staaten war seit 1945 gezwungen, sich in erster Linie mit einer großen Bedrohung der friedlichen und ordnungsgemäßen Entwicklung jener Art von Völkergemeinschaft zu befassen, wie sie sich das amerikanische Volk erhofft. Es ist dies die Bedrohung, die von denen ausgeht, die an der Spitze des totalitären Systems des internationalen Kommunismus stehen. Der orthodoxe Kommunismus

mit seinem Bekenntnis zu Materialismus und Atheismus ist nun einmal allen jenen zuwider, die an die überlegene Macht des Geistes glauben. Weil er nach der Weltherrschaft strebt, indem er alle Regierungen durch die internationale kommunistische Partei zu beherrschen sucht, ist er allen zuwider, die seine Absichten kennen und als Patrioten die nationale Unabhängigkeit über alles setzen. Und weil er schließlich, um seine

Ziele zu erreichen, Betrug und Gewalt anwendet, ist er allen ein Greuel, die eine Weltgemeinschaft anstreben, in der Aufrichtigkeit und Ordnung herrschen.

Die Vereinigten Staaten als die stärkste Nation der nichtkommunistischen Welt haben die Hauptverantwortung dafür getragen, um dieser Herausforderung, durch die seit 1950 der größte Teil des europäisch-asiatischen Raumes samt seiner Hilfsquellen und ein Drittel der Weltbevölkerung ausgebeutet wird, zu begegnen.

Seit dem Tode Stalins im März 1953 ist man auf sowjetischer Seite von den Grausamkeiten der stalinistischen Zeit abgerückt. Innenpolitisch gesehen hat dieses Abrücken in gewisser Hinsicht seinen praktischen Ausdruck gefunden. Nach außen hin war die sowjetische Politik durch vielschichtiger politische, diplomatische und wirtschaftliche Taktiken gegenüber der nichtkommunistischen Welt gekennzeichnet. Dies wurde besonders im Jahre 1955 deutlich. Man machte Gesten – stimmte beispielsweise plötzlich dem Abschluß eines längst überfälligen österreichischen Staatsvertrages zu und machte Annäherungsversuche an Jugoslawien. Auf der „Gipfel“-Konferenz in Genf bekannte man sich zu friedlichen Absichten und erklärte sich mit der Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen einverstanden. Es kam zu verschwenderischen „Unterstützungs“-Angeboten an viele Nationen und Bitten um Aufnahme „kultureller Beziehungen“.

Aber nirgends, mit Ausnahme vielleicht in Österreich, gaben die Sowjets in irgend einer wesentlichen Sache nach oder traten in echte Verhandlungen zur Lösung grundlegender Streitfragen ein. Wirtschafts- und Militär-„hilfe“ war ein trojanisches Pferd, durch das der Einfluß zur Förderung politischer Wühlarbeit verstärkt werden konnte. Man erkannte nicht aufrichtig das Recht Jugoslawiens auf eine nationale kommunistische Regierung an, die nicht vom internationalen Kommunismus beherrscht war. Und im November 1955 widerrief die Sowjetregierung in Genf einfach die auf der „Gipfel“-Konferenz im Juli getroffene Vereinbarung über die Wiedervereinigung Deutschlands.

Das Jahr 1956 brachte weitere Beweise dafür, daß die neuen Machthaber in Moskau sich im wesentlichen nicht geändert hatten. Verlockungen wurden mit Drohungen vermischt. Als die im Februar 1956 vom XX. Parteitag verkündete „Entstalinisierung“ in den Satellitenländern dahingehend interpretiert worden war, daß mehr Freiheit und Unabhängigkeit dadurch gerechtfertigt seien, erfolgten wütende Reaktionen zunächst in Polen, und zwar in Posen, und dann in Ungarn. Offenbar sind jene, die gegenwärtig die Lehren des internationalen Kommunismus diktieren, in Wirklichkeit gar nicht bereit, die Konsequenzen der Liberalisierung, zu der sie sich öffentlich bekennen, zu akzeptieren.

Kein Geschehen aus den vierzig Jahren bolschewistischer Herrschaft zeigt solche Brutalität wie die Niederschlagung der Erhebung des ungarischen Volkes im Jahr 1956 gegen unerträgliche Unterdrückung. Und die sowjetische Politik

der jüngsten Zeit im Nahen Osten ist in einer Weise unheilvoll, daß es dafür keine Entschuldigung mehr gibt.

Dieses an kultureller und religiöser Tradition so reiche und dennoch durch Zwist und Streit in seiner ganzen Geschichte und durch tragische Armut so geschlagene Gebiet wurde 1955 auserwählt, Schauplatz einer neuen kommunistischen Jagd nach Macht zu sein. Eifrig war die kommunistische Propaganda bemüht, Feindseligkeiten zu schüren. Unter Heranziehung ihrer halbveralteten Kriegsausrüstung trieb die Sowjetregierung zu einem Wettrennen in der Bewaffnung. Als direkte oder indirekte Folge kam es zu verstärkter Gewaltanwendung und Erbitterung, und tiefstes Elend wurde durch die Hypothek, mit der manche Regierungen die künftige wirtschaftliche Produktivität des Volkes belasteten, um sowjetische Waffen kaufen zu können, nur noch mehr verankert. Dies ist wahrlich eine zynische Verhaltensweise jener, die vorgeben, den Frieden zu lieben und eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Massen zu wünschen.

Die Erfahrungen aus über 10 Jahren kalten Krieges haben unsere frühere Beurteilung des internationalen Kommunismus nur bestätigt, der, ebenso wie die Regierungen, die er beherrscht, uns sowie allen freien und unabhängigen Regierungen gegenüber feindlich gesinnt ist. Die Lehre, auf der er aufbaut, schließt von vornherein für ihn eine Änderung von selbst aus. Von ihm angekündigte und propagierte Änderungen müssen als List angesehen werden.

Dennoch brauchen wir die Hoffnung nicht aufzugeben. Der internationale Kommunismus ist Wandlungen unterworfen, selbst gegen seinen Willen. Gegen die Kraft von Zeit und Umständen ist auch er nicht gefeit. Die Rede Chruschtschows vom Februar 1956, die Machtverschiebungen innerhalb der herrschenden Clique in Moskau im Juli 1957 und die Rede Maos vom Februar 1957 sind Anzeichen dafür, daß selbst

Kollektive Sicherheit

In den letzten zwei Jahrzehnten haben es die Vereinigten Staaten für notwendig befunden, ihre Vorstellungen von der nationalen Sicherheit und ihre diesbezügliche Politik neu zu formulieren. Unser Denken und Planen verläuft in Richtung auf die kollektive Sicherheit. In der Welt von heute kann keine Nation, und mag sie noch so mächtig sein, in der Isolierung sicher sein, und Sicherheit für einen ist nur durch das Zusammengehen mit anderen gleichgesinnten Nationen zu erlangen.

Die Gesellschaft der Völker macht die gleiche Wandlung durch, die sich stets vollzieht, wenn sich primitive Gesellschaften entwickeln. Es ergibt sich eine allmähliche Evolution von Lebensbedingungen, unter denen Sicherheit Sache jedes einzelnen ist und den letzten eben die Hunde beißen, zu Verhältnissen, in denen Sicherheit ein kollektives Bestreben ist, zu dem jeder beiträgt und von dem jeder profitiert. Hierin liegt größere Sicherheit bei geringerem Aufwand. Die Gesellschaft der Völker entwickelt sich in einem langsamen und schmerzlichen Prozeß aus einem

in Rußland und Rotchina die sowjetischen und rotchinesischen Regime sich starkem Druck von innen her gegenübersehen und sich in mancher Hinsicht in einem Dilemma befinden. Der Gärstoff der Wandlung ist am Werk, trotz all der Bemühungen des „demokratischen Zentralismus“, den Gang der Dinge in streng leninistischem Sinne zu lenken. Die Machthaber in Rußland sehen keine Möglichkeit, industrielle und militärische Modernisierung mit der mittelalterlichen Unterdrückung der Persönlichkeit zu vereinen; und den Machthabern in China wird es nicht möglich sein, die so vielschichtige Kultur der Chinesen in eine kommunistische Form der Gleichförmigkeit zu pressen.

Vielleicht kommt die Zeit, und wir können sogar darauf vertrauen, daß sie kommt, in der die jetzt vom internationalen Kommunismus beherrschten Nationen Regierungen haben werden, die – mögen sie sich nennen wie immer sie wollen – in Wirklichkeit ihrem eigenen Staat und ihrem eigenen Volk dienen anstatt den unersättlichen Ambitionen einer internationalen Partei. Die Beteiligung an der Regierung wird auf eine immer breitere Basis gestellt werden. Es wird eine wachsende, gesetzlich verankerte persönliche Freiheit geben. Es wird einen bemerkenswert hohen Grad an Gedanken- und Redefreiheit geben. Und den Arbeitern wird man erlauben, sich in gewisser Weise die Arbeit auszusuchen, die sie tun wollen, und mehr in den Genuß der Früchte ihrer Arbeit zu kommen. Unter solchen Verhältnissen wird das Volk zwar noch nicht Herr seiner Regierung, aber doch zumindest nicht ihr Heer elender Sklaven sein. Weitgehende militärische Macht wird nicht mehr ausschließlich jenen zur Verfügung stehen, die keinerlei Beschränkungen staatlicher Gewalt oder moralischer Natur anerkennen und deren Ziel die Weltherrschaft ist. Wenn dieser Tag kommt, können wir wieder froh werden. Aber bis dahin müssen wir auf der Hut bleiben.

primitiven Stadium dorthin, wo Sicherheit eine Angelegenheit kollektiver Anstrengung, und Verteidigung gemeinsame Verteidigung ist.

Es ist nicht leicht, diese Grundsätze in einer Welt zu verwirklichen, in der Souveränität mit einem Status gegenseitiger Abhängigkeit als unvereinbar galt. Aber nach zwei Generationen bitterer Erfahrung, sehen die Vereinigten Staaten wie viele andere ein, daß gegenseitige Abhängigkeit unerlässlich ist. Wir suchen heute Sicherheit durch die Stärkung universaler Einrichtungen, durch regionale Abkommen, durch die Unterhaltung starker militärischer Streitkräfte zusammen mit unseren Verbündeten, durch entschlossene Anstrengungen, die Gefahr eines Überraschungsangriffs zu verringern und die Rüstungsproduktion zu begrenzen und unter Kontrolle zu stellen.

Im Jahre 1945 spielten die Vereinigten Staaten eine führende Rolle bei der Gründung der Vereinten Nationen. Wir hofften, diese würden ein wirksames Instrument kollektiver Sicherheit werden. Aber noch immer ist es nicht so weit. Die Spaltung der Welt hat die UN oft daran ge-

hindert, entsprechende Maßnahmen zu treffen. So haben beispielsweise die UdSSR im Sicherheitsrat an die achtzigmal ihr Veto geltend gemacht. Es ist keine UN-Streitmacht aufgestellt worden, wie dies in der Charta vorgesehen war, obgleich Korea und Suez einen möglichen Fortschritt in dieser Richtung bedeuten könnten. Auch legte die UN-Vollversammlung im vergangenen Herbst bei der Behandlung der Suez- und Ungarnfrage eine überraschende Entschlossenheit und Einmütigkeit an den Tag.

Es wird den Vereinten Nationen gelegentlich vorgeworfen, daß sie diese Angelegenheiten mit „zweierlei Maß“ behandelt hätten — mit großer Strenge gegenüber Israel, Frankreich und Großbritannien und nachsichtig der UdSSR gegenüber. Diese Beschuldigung entbehrt jeder Grundlage. Die Resolutionen der Vollversammlung, die die Anwendung von Gewalt sowohl in Ägypten wie in Ungarn anprangerten, waren gleichermaßen peremptorisch.

Mit „zweierlei Maß“ maßen nicht die Vereinten Nationen, sondern die einzelnen Staaten selbst. Da war einerseits das Moralgefühl der westlichen Nationen und ihre hohe Achtung vor der Weltmeinung, und da war andererseits die Unmoral des sowjetischen Kommunismus und seine Verachtung für das Urteil der Welt. Wir dürfen uns freuen darüber, daß es unter den Nationen Regierungen gibt, deren Ethik höher ist als die der Regierung Sowjetrußlands. Aber weder für sie noch für die Vereinten Nationen ist dies ein Grund zum Vorwurf.

Trotz hoffnungsvoller Anzeichen für einen Fortschritt in den Vereinten Nationen, hielten die Nationen der freien Welt, die sich gefährdet fühlten, es größtenteils für notwendig, kollektive und gewöhnlich regionale Abkommen zu treffen, um ihre Sicherheit zu gewährleisten. Dies steht voll und ganz im Einklang mit der Charta. Dabei haben die Vereinigten Staaten eine führende Rolle und Verantwortung übernommen. Seit 1945 sind wir mit 42 Nationen kollektive Sicherheitsverträge und weniger formale Abkommen mit mehreren anderen eingegangen.

Der erste dieser Verträge — der Rio-Pakt — ist mit unseren Nachbarn auf dieser Hemisphäre geschlossen worden. Wir schritten dann weiter auf dem Wege, die Basis der kollektiven Sicherheit durch eine Serie multilateraler und bilateraler Verträge, die jetzt einen großen Teil der freien Welt einschließen, zu verbreitern. Die Streitkräfte der NATO, zu der jetzt auch die Bundesrepublik Deutschland gehört, halten Wache über die im Vertrag definierte Nordatlantische Region, die die lebenswichtigen Gebiete Westeuropas mit umfaßt. Im Westpazifik und dem Fernen Osten sind es der SEATO — und der ANZUS-Pakt und vier bilaterale Verträge, die klarmachen, daß eine Bedrohung des einen die Angelegenheit aller ist. Im Nahen Osten sichern der Bagdad-Pakt und die Eisenhower-Doktrin eine kollektive Reaktion gegenüber einer kommunistischen Aggression auf schwache und deshalb besonders gefährdete Punkte. Dieses nahezu weltweite System regionaler Kollektivsicher-

heitsabkommen hat allen Beteiligten gute Dienste geleistet. Es hat eine Aggression verhindert und Völkern, die Angriffen besonders ausgesetzt sind, die so dringend benötigte Sicherheit gegeben.

Wir müssen offen zugeben, daß nicht alle Teilnehmer diese Abmachungen im gleichen

Die Strategie der kollektiven Selbstverteidigung

Kollektive Sicherheit muß sich natürlich auf militärische Leistungsfähigkeit stützen können, die in der Lage ist, eine bewaffnete Aggression zu verhindern oder ihr die Spitze zu bieten, falls sie eintreten sollte.

Im Dezember 1950 sprach ich vor der Amerikanischen Gesellschaft für die Vereinten Nationen und führte, zu diesem Problem Stellung nehmend, aus, daß „mit mehr als zwanzig Nationen, die entlang der 20 000 Meilen des Eisernen Vorhangs aufgereiht liegen, es unmöglich ist, statische Verteidigungskräfte zu erstellen, die jede Nation ‚wetterfest‘ machen würden gegen einen größeren und unvorhersehbaren Angriff von seiten Rußlands. Solch ein Versuch würde an keiner Stelle Schlagkraft haben und überall zum Bankrott führen.“ Und ich fuhr fort, daß „gegen eine militärische Macht, wie sie der Sowjetunion zur Verfügung steht, die kollektive Sicherheit abhängig von der Fähigkeit ist, den Aggressor zurückschlagen zu können“, und ich wies auf unsere strategischen Luftstreitkräfte und unser Waffenarsenal als ein Zeughaus der Wiedervergeltung hin.

Im Laufe der Jahre basierte die militärische Strategie der Verbündeten der freien Welt weitgehend darauf, im Falle eines von der Sowjetunion vom Zaune gebrochenen Angriffskrieges über eine große Rückschlagskraft zu verfügen.

Daß diese Strategie der Abschreckung in dieser Zeit entscheidend zur Sicherheit der freien Welt beigetragen hat, wird weithin angenommen.

Die Vereinigten Staaten gaben sich jedoch nicht zufrieden mit einem Frieden, der nur durch eine Vernichtung großer Teile der menschlichen Rasse aufrechterhalten werden konnte. Eine solche Konzeption darf nur eine allerletzte Alternative sein.

In den letzten Jahren gab es keine andere. Aber die Findigkeit jener, die unserer Nation als Wissenschaftler und Waffenkonstrukteure dienen, zeigt jetzt auf, daß es möglich ist, eine andere Art von Atomwaffen zu schaffen. Es scheint jetzt, daß ihre Anwendung nicht unbedingt weitgehende Zerstörungen und großes Elend für die Menschheit zur Folge zu haben braucht.

Kürzliche Tests zeigen die Möglichkeit des Besitzes von Kernwaffen auf, deren Vernichtungskraft und Strahlungseffekte im wesentlichen auf vorbestimmte Ziele begrenzt werden können.

So mag es in Zukunft angebracht sein, weniger Vertrauen in den Abschreckungsfaktor einer großen militärischen Vergeltungskraft zu

Lichte sehen. Manche betrachten sie als weitgespannte politische Bündnisse, die die Partner zumindest moralisch an eine allgemeine gegenseitige Unterstützung binden. Das Nettoergebnis aber ist die Förderung der Anwendung der Prinzipien der kollektiven Sicherheit innerhalb der Gesellschaft der Nationen.

setzen. Es wird möglich sein, Länder mit Kernwaffen so beweglich und so gezielt zu verteidigen, daß eine mit konventionellen Streitkräften durchgeführte Invasion ein gewagter Versuch ist. Das Terrain ist beispielsweise oft so beschaffen, daß die Invasionsrouten entscheidend von der mit nuklearen Waffen operierenden Artillerie beherrscht werden können.

Es mag im Gegensatz zu der 1950er-Dekade in den 1960er Jahren möglich sein, daß die an den sino-sowjetischen Block angrenzenden Nationen über eine wirksame Verteidigung verfügen können, um einen Großangriff herkömmlicher Art abzuschlagen, und so jeden Aggressor zu zwingen, zwischen Mißerfolg oder der Anstiftung eines Atomkrieges gegen das sich verteidigende Land zu wählen. Das Blatt könnte sich insofern wenden, als an Stelle jener, die keinen Angriffskrieg führen würden und zu ihrem Schutz auf uneingeschränkte atomare Vergeltungskraft angewiesen sind, die potentiellen Aggressoren selbst die Konsequenzen der Auslösung eines Atomkrieges erwägen müssen, da sie nicht mehr auf den Erfolg eines Angriffskrieges mit herkömmlichen Waffen rechnen können.

Es ist genau diese Entwicklung, die die Sowjetdiplomatie und Propaganda so angestrengt zu verhindern sucht. Sie widersetzt sich allen Versuchen mit nuklearen Vorrichtungen, die angestellt werden, um Methoden für die Reduzierung des radioaktiven Ausfalls und der Sprengwirkung zu finden. Sie scheint es vorzuziehen, daß Kernwaffen als die „Schreckenswaffen“ gelten. Und sie scheint damit zu rechnen, daß menschliche Erwägungen uns abhalten werden, solche Waffen einzusetzen. Sie wissen, daß, wenn sowjetische Streitkräfte herkömmlicher Art in Europa operierten, Waffen von Megatonnen-Wirkung und hohem radioaktiven Ausfall von den westlichen Verteidigungskräften nicht ohne Gefahr für die befreundeten Völker in diesem Gebiet angewendet werden könnten. Unter solchen Bedingungen würden die sino-sowjetischen Truppen und ihre herkömmlichen Waffen die dominierende militärische Macht in Eurasien werden.

Derartige Überlegungen machen es wesentlich, daß ein Aussetzen von Kernwaffentests mit anderen Maßnahmen, die die Rüstung und die Möglichkeiten eines Überraschungsangriffes begrenzen, Hand in Hand gehen.

Im sowjetischen Abrüstungsvorschlag vom 10. Mai 1955 heißt es:

„Somit gibt es einer internationalen Kontrolle nicht zugängliche Möglichkeiten, diese Kontrolle zu umgehen und eine heimliche Pro-

duktion von Atom- und Wasserstoffbomben, selbst bei Vorhandensein eines formellen Abkommens über internationale Kontrolle, zu organisieren. In einer solchen Lage kann die Sicherheit der Signatarstaaten der internationalen Konvention nicht garantiert werden, da für einen potentiellen Aggressor die Möglichkeit bestünde, Atom- und Wasserstoffwaffen vorräte für einen plötzlichen Atomüberfall auf friedliebende Staaten anzuhäufen.“

Das Vorstehende ist sicherlich wahr, zumindest in bezug auf die Verwendung bereits vorhandener Vorräte an spaltbarem Material. Aus diesem Grunde verzichten wir auf eine Kontrolle bereits vorhandener Vorräte. Wir nehmen sie als unvermeidbar an und beschränken unsere Kontrollvorschläge auf neugewonnenes spaltbares Material.

Im sowjetischen Vorschlag heißt es weiter:

„Jedes Abkommen über die Errichtung einer internationalen Kontrolle ist, solange nicht eine Atmosphäre des Vertrauens in den zwischenstaatlichen Beziehungen hergestellt ist, lediglich geeignet, die Wachsamkeit der Völker einzulullen. Es ist geeignet, ein falsches Sicherheitsgefühl aufkommen zu lassen, während in Wirklichkeit die Gefahr der Atom- und Wasserstoffwaffenproduktion und damit auch die Gefahr eines plötzlichen Überfalls und der Entfesselung eines Atomkrieges mit allen sich daraus für die Völker ergebenden schwersten Folgen besteht.“

Auch dies ist wahr. Solange man keine wirkliche Handhabe hat, um „die Gefahr eines Überraschungsangriffes“ ob nuklear oder anderer Art herabzusetzen, wäre es unklug, die zum eigenen Schutz unternommene Suche nach einem Verfahren für den Bau von Waffen zu unterbrechen, die die Verteidigungsmöglichkeiten bedeutend erhöhen und gleichzeitig den letalen radioaktiven Ausfall reduzieren, der einer Waffe, die noch immer im Frühstadium ihrer Entwicklung steht, eigen ist.

Mit der größeren Verteidigungsmöglichkeit mittels Atomwaffen wird auch die militärische und die damit verbundene politische Strategie einen Wandel erfahren müssen. Solange wie die kollektive Sicherheit fast ausschließlich auf Abschreckung und Vergeltung und auf der Befähigung, einen großen Vernichtungsschlag gegen eine Aggression zu führen, aufgebaut ist, bedeutet dies eine fast ausschließliche Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten. Keine andere Nation kann sich die Unterhaltung einer solchen Abschreckungsmacht leisten. Sie erfordert ein gewaltiges Arsenal an Flugzeugen, Waffen und vielleicht auch an ferngelenkten Raketen. Sie müssen beständig erneuert werden, um mit der ständig wachsenden Verteidigungsstärke Schritt zu halten. Dies wiederum erfordert großangelegte kostspielige Versuchsreihen.

Da jedoch die Atomwaffen immer mehr zur taktischen Waffe und damit geeigneter für eine Gebietsverteidigung werden, wird es unvermeidbar sein, daß jene unserer Verbündeten, die technisch dazu qualifiziert sind, den Wunsch

haben, einen direkten Anteil an der Verteidigung zu nehmen und eine größere Sicherheit zu haben, daß diese Verteidigungskraft tatsächlich auch eingesetzt wird.

Diese Faktoren führen bereits zu einer Studie über einen sogenannten „Atomic Weapons Stockpile“ (Atomwaffenarsenal), der von den Vereinigten Staaten im europäischen NATO-Bereich errichtet und der NATO zur Verfügung gestellt werden würde.

Eine Begleiterscheinung dieses Problems ist, zu verhindern, daß Kernwaffen wahllos über alle Welt verstreut werden. Ohne entsprechende Schutzmaßnahmen könnten diese Waffen in der Zukunft in die Hände von unverantwortlichen Diktatoren gelangen und als eine Art internationales Erpressungsmittel benutzt werden. Die Welt würde in der Tat ein unangenehmer Aufenthaltsort werden, wenn die Menschheit sich mit einer solchen immer gegenwärtigen Drohung würde abfinden müssen.

Wir beginnen gerade erst, uns die drastischen Veränderungen in den politisch-militärischen Beziehungen zu vergegenwärtigen, die eine Folge der schnellen Zunahme der wissenschaftlichen Erkenntnisse und der praktischen Erfahrungen auf nuklearem Gebiet sind. Neue Ein-

Die Vereinigten Staaten wissen, daß Rüstungen allein keine dauerhafte Garantie für den Frieden sind. Wir verfolgen daher aus diesem Grunde eine Politik, die darauf abgestellt ist, Sicherheitsvorkehrungen gegen einen Überraschungsangriff zu treffen und die nationalen Rüstungen — sowohl die nuklearen als auch konventionellen — unter eine wirksame internationale Begrenzung und Überwachung zu stellen. Es stimmt, daß die sogenannten „Abrüstungs“-Bemühungen in der Vergangenheit sich als wirkungslos erwiesen haben. Die Haager Friedenskonferenzen, der Versailler Vertrag, das Washingtoner Flottenabkommen, die Abrüstungskonferenzen des Völkerbundes sind die sichtbaren Beispiele für die Mißerfolge der Vergangenheit. Aber es gibt da heute bedeutende Unterschiede.

Die vergangenen Bemühungen gingen von der Annahme aus, daß es möglich sei, die militärische Stärke auf bestimmte Größen festzusetzen und zu erhalten und sie in ein zuverlässiges Stärkeverhältnis zwischen den einzelnen Nationen zu bringen. Tatsächlich aber ist das militärische Potential so unabwägbar, daß dieses immer ein vergebliches Bemühen in der Vergangenheit gewesen ist und auch in Zukunft sein wird.

Heute gibt es eine neue Annäherungsmöglichkeit. Man hat vorgeschlagen, ein System der internationalen Überwachung zu errichten, durch das massive Überraschungsangriffe unmöglich gemacht werden. Wenn dieses geschieht, dann wird es sehr unwahrscheinlich sein, daß es einen allgemeinen Krieg geben wird, und der Umfang der Rüstungen wird automatisch zurückgehen.

satzmöglichkeiten für Waffen eröffnen sich in schneller Folge. Das politische Denken kann nur schwer mit diesem Tempo mithalten, und natürlich entstehen unvermeidliche Intervalle zwischen dem Denken und der praktischen Anwendung der hieraus gezogenen Erkenntnisse.

Die Entwicklung einer gemeinsamen Verteidigung hat und wird auch in Zukunft große Ausgaben zur Schaffung wirksamer und moderner militärischer Streitkräfte der USA bedingen. Sie erfordert ebenso und wird es auch ferner erforderlich machen, daß die Vereinigten Staaten den Streitkräften jener Nationen militärischen Beistand und Unterstützung leisten, mit denen sie auf Grund kollektiver Abkommen verbündet sind oder die sich in Notstand oder Gefahr befinden. Ein derartiger Beistand darf dabei in keiner Weise als ein Akt der reinen Wohltätigkeit betrachtet werden. Ihm liegen vielmehr ganz reale Bedürfnisse unserer eigenen Verteidigung zugrunde. Ohne eine solche Hilfe würden unsere eigenen Verteidigungskosten weitaus höher und unsere Sicherheit weitaus geringer sein. Die zusammengefaßten militärischen und wirtschaftlichen Hilfsquellen der freien Welt stellen die größte und am wenigsten kostspieligste Versicherung gegen einen Krieg dar.

Abrüstung

Die heutigen stehenden Heere sind das weitgehende Ergebnis einer von insgesamt zwei Kalkulationen. Ein potentieller Angreifer rechnet damit, daß es ihm möglich sein wird, seine eigene Macht so zu verstärken, um durch einen Überraschungsangriff einen entscheidenden Anfangserfolg zu erzielen. Diejenigen dagegen, die damit rechnen müssen, angegriffen zu werden, sehen die einzige wirksame Abwehrmöglichkeit bei einem Überraschungsangriff in einer gemeinsamen militärischen Macht, die so groß und so stark dezentralisiert ist, daß sie durch einen derartigen Angriff nicht ausgelöscht werden kann.

Neue Entdeckungen und ihre praktischen Anwendungen führen ständig zu riesigen Anstrengungen, um Angriffs- und Vergeltungswaffen zu entwickeln sowie Möglichkeiten des Überlebens zu finden. Die einzige wirksame Möglichkeit zur Durchbrechung dieses Zyklus ist die Schaffung einer internationalen Überwachung der großen Militärmächte, damit es unwahrscheinlich wird, daß unbemerkt Vorbereitungen für einen Angriff getroffen werden können, der in seiner Wirkung so massiv ist, daß er die Machtquellen der Gegenseite vernichtet. Diese Konzeption lag dem Vorschlag Präsident Eisenhowers über die „offenen Himmel“ zugrunde, der zuerst im Jahre 1955 auf der Gipfelkonferenz in Genf vorgebracht wurde.

Ein möglicher Angreifer, der sich einer Luftinspektion unterworfen hat, die durch Bodenkontrollen ergänzt wird, dürfte wissen, daß er eine große Rüstung wahrscheinlich nicht zum Vorteil verwenden können. Und diejenigen

Nationen, die durch Aggression bedroht sind, werden die Gewißheit haben, daß sie nicht durch einen einzigen Schlag ausgelöscht werden können, und sich dann mehr als jetzt auf ihre potentielle militärische Stärke als auf die tatsächlich gegenwärtige verlassen können. Aus diesem Grunde wird es auch nicht wie zur Zeit einen Stimulus für ein Wettrüsten geben.

Gesundheit und Stärke der freien Welt

Nationen können ebenso wie Individuen nicht alleine leben. In der Erkenntnis dieser Tatsache hat das amerikanische Volk immer in großzügiger Weise von seinen Gütern an Katastrophopfer in vielen Teilen der Welt gegeben und an zahlreichen Programmen des humanitären Beistandes teilgenommen. Bis vor kurzem lagen diesen Maßnahmen in erster Linie philanthropische Motive zugrunde. Im vergangenen Jahrzehnt spiegeln sich hierin wohl begründete nationale Selbstinteressen wider.

Wir sehen jetzt, daß die Welt sich so stark zu einem einheitlichen Ganzen entwickelt hat, daß wo immer auch der Körper von irgendeinem politischen Leiden gequält wird, das Ganze in Gefahr gerät. Wir sind uns darüber im klaren, daß, auf lange Sicht betrachtet, Frieden und Wohlstand eines erfordern, nämlich, daß alle die Möglichkeit haben sollten, ihres Glückes eigener Schmied zu sein. Wir sehen auch die Notwendigkeit für stärkere innere Kräfte in allen freien Nationen, um kommunistischen Umsturzversuchen oder Angriffen widerstehen zu können.

Seit 1945 hat unsere Nation fast 50 Milliarden Dollar für Hilfeleistungen, und zwar sowohl militärischer als auch wirtschaftlicher Art, aufgebracht. Damit haben wir bewiesen, daß wir eine bewußte Vorstellung von unseren nationalen Interessen haben. Es ist von großer Bedeutung, daß trotz dieser Hilfeleistung an andere Nationen in Höhe von jährlich durchschnittlich 5 Milliarden Dollar, sich unsere Wirtschaft auf einer gesunden Basis entwickelte. Die letzten zehn Jahre umschließen eine Zeit, die von einer steigenden Prosperität gekennzeichnet ist. Im Jahre 1941 belief sich das Nationaleinkommen auf rund 160 Milliarden Dollar; 1951 auf annähernd 277 Milliarden, während es 1956 rund 344 Milliarden Dollar ausmachte.

Der Marshallplan war unsere größte Leistung auf dem Gebiet des wirtschaftlichen Beistandes. Durch ihn haben wir Westeuropa nicht nur die Mittel zur Verfügung gestellt, sondern auch die Zeit und die Möglichkeit, sich selbst zu retten. Wir erleben heute in Westeuropa die Entwicklung einer großen Einigkeit, die von aufgeklärten Staatsmännern seit Jahren ersehnt wurde. Da war zuerst die Schaffung der Montanunion, dann das Brüsseler Abkommen für eine europäische Gemeinschaft, jetzt sind es die Verträge über einen Gemeinsamen Markt. Diese Entwicklungen sind von großer Wichtigkeit für die Schaffung der Einheit, der Stärke und des Wohlstandes in einem Gebiet, das für Jahrhunderte Ausgangspunkt ständig neuer Kriege war, die die Existenz der westlichen Zivilisation bedrohten.

Hierdurch werden weder alle Probleme der Bewaffnung noch der Friedensgarantie gelöst werden, aber die neue Annäherung könnte eine Atmosphäre schaffen, in der andere, heute nicht anwendbare Maßstäbe möglich sind, solche, auf denen wir gegenwärtig in gemeinsamer Anstrengung beharren, um die Welt von der ständigen Drohung der Vernichtung durch jene Waffen zu befreien, die die Zivilisation geschaffen hat.

In den vergangenen Jahren wurde die europäische Wirtschaft wiederaufgebaut, und die Vereinigten Staaten haben in immer stärkerem Maße den Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen und technischen Hilfe auf die neu erwachten und bedürftigen Völker Asiens und Afrika verlagert. Bis zu 800 Millionen Menschen, die die Bevölkerung von 20 neuen Nationen darstellen, haben ihre politische Freiheit gewonnen. Eine der bedeutendsten Kernfragen unserer Zeit ist es dabei gewesen, ob diese politische Freiheit auch gleichzeitig die Befreiung dieser Menschen aus dem Sumpf des wirtschaftlichen Elends und der Hoffnungslosigkeit bedeuten würde. Wenn nicht, dann mag die gegenwärtige politische Freiheit sich nur als ein Übergang von einer Form des Kolonialismus zu einer anderen, weitaus schlimmeren erweisen.

Alle unsere Hilfsprogramme, ob militärischer, wirtschaftlicher oder technischer Art, werden mit Recht als ein Unternehmen gemeinsamer Sicherheit betrachtet. Wenn wir mehr als andere gegeben haben, so spiegeln sich hierin nur unsere größeren Gebemöglichkeiten wider.

Eine wichtige Frage, die jetzt im Zusammenhang mit unserer Politik der Gemeinsamen Sicherheit gestellt wird, ist, ob ihr ein nahes Ende beschieden sein wird. Alle Analysen, die in jüngster Zeit von Expertenkommissionen durchgeführt wurden, bestätigen, daß eine Fortsetzung notwendig ist.

Die Zeit zur Einstellung dieser Hilfsprogramme wird dann gekommen sein, wenn sie nicht mehr im wohl begründeten Interesse der Vereinigten Staaten sind. Die reine Militärhilfe und die Verteidigungsunterstützung machen rund 70 Prozent unseres gesamten Programms aus. Was die Wirtschaftshilfe angeht, so können wir erwarten, daß — stabile politische Verhältnisse vorausgesetzt — das Privatkapital allmählich einen größeren Anteil bei der Entwicklung der wirtschaftlich weniger entwickelten Gebiete übernimmt. Es ist in diesem Zusammenhang von Bedeutung, daß, während der Dollarwert unseres Auslandshilfeprogramms in den vergangenen Jahren etwas zurückgegangen ist, ein zunehmender Teil dieser Hilfe in Form von Anleihen an Stelle von nichtrückzahlbaren Darlehen vergeben wurde. Ebenso wichtig ist die Tatsache, daß die Höhe der Anleihen und nichtrückzahlbarer Darlehen gegenwärtig nur noch ein Prozent unseres Volkseinkommens ausmacht, während vor einigen Jahren allein die nichtrückzahlbaren Darlehen noch drei Prozent betragen.

Eine Einstellung unseres Programms für Gemeinsame Sicherheit würde unter den derzeitigen Verhältnissen eine Katastrophe bedeuten.

Was jedoch nötig erscheint, ist die Umstellung notwendiger Hilfeprogramme auf eine langfristige Basis, auf eine geschäftsmäßigere Grundlage, wobei die Summe der nichtrückzahlbaren Darlehen auf ein Minimum beschränkt wird und die Durchführung unserer Hilfe derart erfolgt, daß den bedürftigen Ländern Hilfestellung bei der Selbsthilfe gegeben wird. Als Ergebnis intensiver Studien, die, voneinander unabhängig, von der Exekutive und dem Kongreß veranlaßt wurden, ist jetzt ein neuer Verwaltungskörper geschaffen worden, der sogenannte Entwicklungsfonds. Dieser Fonds wird, wenn er mit dem erforderlichen Kapital ausgestattet ist, die Hauptverantwortung den Empfängerstaaten übertragen und dazu beitragen, die Selbsthilfe und das Privatkapital anzuspornen.

Auch auf anderen Gebieten als der Auslandshilfe sind die Vereinigten Staaten auf außenwirtschaftlichem Gebiet äußerst rege gewesen. Durch die Rede Präsident Eisenhower vor den Vereinten Nationen im Dezember 1953 wurden die Möglichkeiten zur friedlichen Nutzung der Atomenergie dramatisch umrissen. Vieles ist seitdem erreicht worden, um die angedeuteten Möglichkeiten durch den Abschluß bilateraler Abkommen zu verwirklichen. Erst kürzlich ratifizierten die Vereinigten Staaten das Statut für die Schaffung der Internationalen Atomenergiebehörde, die ein Markstein auf dem Wege zur allgemeinen Verwendung dieser wunderbaren neuen Hilfsquelle zum Segen und nicht zur Vernichtung der Menschheit darstellt.

Wir sind uns auch darüber im klaren, daß Handelsrestriktionen in der Vergangenheit den Welthandel einschnürten, und zwar zum Nachteil aller Nationen. Wir sind vielen internationalen Organisationen beigetreten, insbesondere dem GATT, um den internationalen Güteraustausch zu fördern. Die Ausweitung des Welthandels hat nicht nur für die Vereinigten Staaten, sondern auch für alle befreundeten Nationen einen materiellen Nutzen. Maßnahmen, die sich für eine Nation nachteilig auswirken könnten, wurden vermieden. Das wirtschaftliche Wachstum wird überall in der Welt gefördert. Die Nutzen des Fortschrittes in einem Lande verbreiten sich schnell auf andere.

Wir vergessen nie, daß jede Regierung zuerst die Aufgabe hat, ihrer eigenen Bevölkerung zu dienen. Aber gewöhnlich kann dieses am besten so geschehen, indem man Mittel findet, die anderen ebenso helfen, oder die zumindest anderen nicht schaden. Gelegentlich, und glücklicherweise sehr selten, entstehen jedoch Situationen, die nach dieser Formel nicht bereinigt werden können.

Aber im allgemeinen suchen wir eine internationale Gesellschaft zu verwirklichen, in der Menschen, Güter und Ideen sich frei und ohne Behinderung in einem großen Raum bewegen können, und in der allen Männern und Frauen das Streben nach Glück offensteht. Der amerikanische Markt, der mit Sicherheit soviel bietet, was andere wünschen, und der mit Sicherheit soviel aufnimmt, was andere verkaufen wollen, ist der große wirtschaftliche Stabilisator der freien Welt. Er hilft, den Kommunismus und den auf

sich bezogenen Nationalismus zu bekämpfen, die sich beide in der Zurückweisung des Konzepts der gegenseitigen Abhängigkeit ähneln.

Wenige wirtschaftliche Theorien sind heutzutage so veraltet wie die von Marx. Sie wurden vor nahezu hundert Jahren propagiert in Verbindung mit einer Gesellschaft, die sich seither durch die ihr selbst innewohnenden dynamischen Qualitäten stark gewandelt hat.

Die soziale und wirtschaftliche Grundlage ist in der ganzen westlichen Welt erweitert worden, und derselbe Prozeß beginnt auch in den übrigen Gebieten der freien Welt und beschleunigt sich immer mehr. Der internationale Kommunismus ist aber eine reaktionäre Bewegung. Seine „Planung“ macht aus Menschen Sklaven der Produ-

zenten und schafft eine neue ausgebeutete und herrschende Klasse. Er ist voll von Gegensätzen, die in den freien Ländern dank einer friedlichen, aber dynamischen Evolution überwunden wurden.

Wir können natürlich keine Perfektion für uns in Anspruch nehmen. Die dramatische und friedliche Entwicklung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur unserer freien Gesellschaft wird weitergehen. Aber selbst wenn wir die Perfektion nicht für uns in Anspruch nehmen, so können wir doch sagen, daß wir die sozialen Ziele, die der Kommunismus vorgibt, erreichen zu wollen, in einem weit größeren Ausmaß im Rahmen unserer freien Gesellschaft erreicht haben, als dies in Sowjetrußland oder dem kommunistischen China der Fall ist.

Friedlicher Wandel

In dem Maße, in dem wir eingehender mit den breiten Strömungen der menschlichen Angelegenheiten befaßt wurden, sind uns auch die schnellen Bewegungen mehr und mehr bewußt geworden, denen die Welt in unserem Jahrhundert unterliegt und die die internationale Landschaft unaufhörlich zu verändern scheinen. Wandel ist das Gesetz des Lebens, und das schließt das internationale Leben ein. Unser gemeinsames Problem in einer Welt schnellen und oftmals großen Wandels besteht darin, sicherzustellen, daß die notwendigen Wandlungen sich in friedlicher Weise vollziehen — ohne Aufstand und ohne Krieg. Gewaltsamer Wandel ist niemals ein selektiver Wandel. Er zerstört sowohl das Gute wie das Schlechte. Wandel ist wohltuend, wenn er selektiv vollzogen wird, das Gute fortsetzt und weiterentwickelt, und das Üble, Alte und Inadäquate abstreift.

Wir haben bereits darauf angespielt, auf die Gebiete zu sprechen zu kommen, auf denen der Wandel am auffälligsten ist. Da ist zuallererst der Wandel, der sich aus der Kernspaltung ergeben wird. Eine ungeheure neue Energiequelle steht dem Menschen zur Verfügung, und wir können dessen sicher sein, daß sie genutzt wird, um einen großen Wandel herbeizuführen. Sie kann den Menschen zerstören, und sie kann ihn bereichern. Die Wahl ist dem Menschen selbst in die Hand gelegt. Die Vereinigten Staaten verfügten zuerst über die aus der Kernspaltung herrührende Energie und verwendeten sie im Kriege zur Verteidigung der Freiheit. Wir empfinden eine besondere Verantwortung und möchten sicherstellen helfen, daß des Menschen entscheidende Wahl die „Atome für den Frieden“ sein werden.

Eine andere starke Kraft, die den Wechsel auslöst, ist der politische Nationalismus, der besonders in Asien und Afrika am Werk ist. Seit 1945 führte er zur Schaffung einer Reihe von neuen Nationen. Andere Völker befinden sich auf dem Weg zu politischer Unabhängigkeit.

Aber der bloße Akt der Verleihung der politischen Unabhängigkeit stellt an und für sich noch keineswegs sicher, daß die neuen unabhängigen Völker tatsächlich Regierungen nach eigener Wahl oder Regierungen haben werden,

die fähig und willens sind, den Regierten zu dienen. Es bedeutet nicht selbstverständlicherweise, daß die Gemeinschaft der Nationen durch neuerstandene Nationen bereichert wird, die die Prinzipien der gegenseitigen Abhängigkeit und eine internationale Ordnung durch Recht und Gesetz bejahen. Es scheint vielmehr notwendig zu sein, Grundsätze zu finden, die die neuen Forderungen der Kolonialvölker mit ihrem schneidenden und verbitterten Nationalismus und die sozialen Unruhen derer in Rechnung stellen, die zu der Annahme neigen, daß ihnen mit der politischen Freiheit auch automatisch neue wirtschaftliche Möglichkeiten eröffnet werden sollten.

Die Vereinigten Staaten, selbst einmal eine Kolonie, teilen das Streben der Völker nach politischer Unabhängigkeit und sympathisieren mit ihm. Wir wissen auch, in welchem Maße die Freiheit — zu ihrer eigenen Selbsterhaltung — der Selbstbeschränkung auf ein moralisches Gesetz und der Erziehung bedarf, um richtige Urteile zu fällen. Wir können und sollten eine wichtige Rolle bei der Ausarbeitung der Grundsätze spielen, die dem politischen und sozialen Gärstoff eines großen Teils der Menschheit entsprechen.

Wir anerkennen, wie das auch in Artikel 14 der Charta der Vereinten Nationen zum Ausdruck kommt, daß es beständig besondere Situationen geben wird, die mit Wahrscheinlichkeit die allgemeine Wohlfahrt oder die freundlichen Beziehungen zwischen den Nationen beeinträchtigen und die friedliche Schlichtung erforderlich machen. Wir haben in den letzten Jahren das Auftauchen solcher Situationen beobachtet, wie zum Beispiel die Auseinandersetzungen über Zypern, Kaschmir und den westlichen Iran, zwischen Arabern und Israelis sowie über den Suezkanal. Diese Auseinandersetzungen zerstören nicht nur den Weltfrieden und die internationalen Gepflogenheiten — sie geben auch einen fruchtbaren Boden für kommunistische Propaganda und Zersetzung ab.

Die Vereinigten Staaten anerkennen ferner, daß bei solchen Auseinandersetzungen alle Verdienste niemals auf einer Seite sind. Daher identifizieren wir uns nicht mit einer nur parteilichen Annäherung. Die Herrscher Sowjetruß-

lands — unberührt von den Verdiensten und nur begierig, ihre Macht auszudehnen — zeigen sich vorbereitet, die eine Seite gegen die andere Seite in Schutz zu nehmen, wenn ihnen umgekehrt politische Vorteile daraus erwachsen. Weil ihnen manchmal Vorteile aus derartigen Auseinandersetzungen entstehen, liegt ihr Interesse darin, Auseinandersetzungen hervorzurufen und zu vertiefen und ihre Schlichtung zu verhindern.

Dies zeigt, wie wichtig es für die freie Welt ist, reguläre Verfahren zur Schlichtung von Auseinandersetzungen zwischen ihren Mitgliedern zu entwickeln. Dies ist in der westlichen Hemisphäre durch die Organisation der Amerikanischen Staaten bereits getan worden.

Innerhalb der letzten Jahre konnten auf Grund der von dieser Organisation entwickelten Verfahren einige ernsthafte Auseinandersetzungen zwischen amerikanischen Staaten erfolgreich geschlichtet werden. Ihre Mitglieder verdienen das höchste Lob wegen ihrer Loyalität gegenüber den auf Gesetz und Recht beruhenden friedlichen Verfahren, die sie ausgearbeitet haben. Sie haben ein bemerkenswertes Beispiel gegeben, dem noch viel allgemeiner nachgeeifert werden sollte.

Hauptsächlich auf Anregung der Vereinigten Staaten ist die Nordatlantikpaktorganisation jetzt daran gegangen, Verfahren zur Schlichtung von Auseinandersetzungen unter ihren Mitgliedern zu entwickeln. Im vergangenen Jahr ist dem Generalsekretär der NATO in dieser Hinsicht eine neue Verantwortung zugewiesen worden.

Da gibt es, auf lange Sicht gesehen, zum Beispiel große Möglichkeiten in Artikel 14 der Charta der Vereinten Nationen, die die Vollversammlung autorisiert, die Änderung des Status quo zu empfehlen. Die Ausübung dieser delikaten Funktion erfordert Wissen, Weisheit und Selbstbeschränkung. Diese Funktion ist besonders dann von der Vollversammlung schwer auszuüben, wenn eine machtvolle Minorität ihrer Mitglieder keine faire und gerechte Schlichtung, sondern weitere Auseinandersetzungen will, die sich mehr zum Nutzen des internationalen Kommunismus und seiner revolutionären Taktiken erweisen.

Es ist manchmal die Meinung geäußert worden, daß die Vereinigten Staaten öfter ihre Macht gebrauchen sollten, um Schlichtungen herbeizuführen. Die Vereinigten Staaten können und wollen als Freund aller Parteien Einfluß in stiller und unauffälliger Weise ausüben. Wir sind bereit, unsere guten Dienste zu leisten, wenn und wann wir unter Beachtung adäquater Grundsätze dazu gebeten werden. Aber wir nehmen nicht das Recht in Anspruch, uns einmischen zu dürfen oder der Schiedsrichter in anderer Völker Angelegenheiten zu sein. Die gefährlichsten aller ungelösten Auseinandersetzungen sind diejenigen, die sich in den unter der Herrschaft des internationalen Kommunismus befindlichen Gebieten abspielen. Das Muster ist hier klassisch. Der Wandel ist hier unausweichlich, aber die Situation wird von denjenigen

beherrscht, die nicht an einem friedlichen Wandel auf Kosten ihrer Macht glauben. Solche Lage der Dinge hat in der Geschichte schon zu gewalttätigen Ausbrüchen geführt. Einige der in Frage stehenden Gebiete sind besonders explosiv, da sie die künstliche Teilung historisch gewordener Nationen umfassen, wie zum Beispiel Deutschland, Korea und Vietnam. Andere Gebiete — wie dies zuletzt in Ungarn und Polen demonstriert wurde — enthalten Ressentiments von solcher Bitterkeit, daß viele Patrioten lieber in einer Revolte gegen die hoffnungslose Übermacht sterben würden als noch länger in der Stille zu leiden.

Die Politik der Vereinigten Staaten, wie sie zu wiederholten Malen proklamiert wurde, wird diese Ungerechtigkeiten niemals sanktionieren noch sie als Dauerzustand akzeptieren. Aber wir kämpfen nur mit friedlichen Mitteln für die Gerechtigkeit. Es läge nicht im allgemeinen Interesse noch im Interesse der direkt betroffenen Völker, wenn sich die Angelegenheit zum Krieg zuspitzen würde. Wir werden fortfahren, alle Hilfsquellen der Vereinten Nationen auszuschöpfen und alle diplomatischen und moralischen Mitteln anzuwenden, um die Ungerechtigkeiten, die diese Völker erdulden müssen, zu lindern und ihre traurige Lage der Welt bekannt zu machen. Wir haben Vertrauen in ihre endlich errungene Freiheit und Unabhängigkeit. Wenn die russischen Staatsmänner sich dafür entschieden, den Interessen Rußlands zu dienen, und aufhörten, die Vertreter des internationalen Kommunismus zu sein, würden sie in der Erkenntnis handeln, daß Rußlands langfristige Interessen die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und die Befreiung der Satelliten zur Voraussetzung haben. Nur so kann Rußland

Schlußfolgerung

Im Hinblick auf die Außenpolitik der Vereinigten Staaten ragen noch zwei Tatsachen hervor. Die erste ist die, daß sich unsere Politik als Spiegelbild unserer tief eingefleischten Charakteristika entwickelt hat. Die zweite ist die, daß unsere Politik durch die wechselnden Bedingungen in der Welt beeinflußt und modifiziert wurde, in dem Bemühen, unsere Grundauffassungen den tatsächlichen Bedingungen und den Anforderungen, die sie an uns stellten, anzupassen.

Diese beiden Grundzüge unserer Politik sind keineswegs miteinander unvereinbar. An der nationalen Auffassung von Recht und Unrecht festzuhalten, bedeutet keinesfalls, daß wir so auf doktrinaire Konzeptionen festgelegt sind, daß wir unsere Politik nicht den Forderungen der Stunde anpassen können. Sich unsere Politik als sich wechselnd und wandelnd vorzustellen, um den verschiedenen Situationen Rechnung tragen zu können, muß nicht heißen, daß sie des zentralen und beherrschenden Kerns von Grundsätzen ermangelt, der ihre Kontinuität verbürgt.

In diesem Artikel haben wir uns mit der Art befaßt, mit der sich die Politik den neuen und Achtung heischenden Problemen angepaßt hat; aber die Art und Weise der Politik und ihre

seinen natürlichen Wunsch erfüllt sehen, von befreundeten Völkern umgeben zu sein. Die Märtyrer Ungarns sind nicht umsonst gestorben, wenn sie uns zum Anbruch dieses Tages näher gebracht haben.

Selbst ein solcher kurzer Abriss über die Kräfte, die den Wandel bewirken, läßt uns mit einem Gefühl von ihrer Unendlichkeit und der Dürftigkeit der politischen Mittel zurück, die dazu dienen, sie in friedlichen Bahnen zu halten. Friede und Gerechtigkeit befinden sich stets in Gefahr.

In einer stabilen, individuellen Gesellschaft gibt es Institutionen, die den Wandel bewirken und legalisieren — meist parlamentarische Körperschaften, die Gesetze erlassen und ändern und so dafür sorgen, daß der Wandel auf politischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet in friedlicher Weise vor sich geht. Im internationalen Rahmen ist es so, daß die Konzepte der Souveränität, die inzwischen veraltet sind, die Nationen dazu verführen, ihre eigenen nationalen Rechte und Interessen über die Notwendigkeit der gesamten Gemeinschaft der Nationen zu stellen — die Notwendigkeit zur friedlichen Schlichtung. Es wird wahrscheinlich noch lange Zeit in Anspruch nehmen, bis irgendein universales und verbindliches Verfahren zur Verwirklichung internationalen Wandels geschaffen ist. Aber es sollte eine weit größere Bereitschaft als zur Zeit vorhanden sein, die nationalen Interessen den Interessen der Weltgemeinschaft unterzuordnen und die bereits bestehenden Organisationen, wie den Internationalen Gerichtshof, zu benutzen und ein geschriebenes oder ungeschriebenes internationales Gesetz zu schaffen und anzuerkennen.

Ausführung sind von Anfang bis Ende von bestimmten Prinzipien getragen worden.

Diese Prinzipien sind unvergeßlich von George Washington in seiner Abschiedsadresse formuliert worden.

Er weist dort darauf hin, daß „von allen Dispositionen und Gewohnheiten, die zu politischer Blüte führen, Religion und Moral unerläßliche Stützen sind“. Und er unterstreicht im folgenden die überragende Bedeutung der Verbreitung von Wissen und Erkenntnis. „In dem Maße, in dem die Struktur einer Regierung der öffentlichen Meinung Gewalt verleiht, ist es wesentlich, die öffentliche Meinung aufzuklären.“

Eben wegen unserer religiösen Überzeugung messen wir der Freiheit jene ausnehmend hohe Bedeutung bei. Wir glauben an die Unverletzlichkeit der menschlichen Persönlichkeit, an die unabdingbaren Rechte, mit denen die Menschen von ihrem Schöpfer ausgestattet sind und an ihr Recht, Regierungen zu haben, die sie sich selbst wählen können. Aber wir glauben auch, daß der einzelne ebenso wie die Regierungen sich dem moralischen Gesetz zu beugen haben. Wir sind uns bewußt, daß Freiheit, sei es nun individuelle oder nationale Freiheit, ein gefährlicher Freibrief sein kann, wenn sie nicht unter Disziplin oder

moralischem Gesetz und bei einem angemessenen Stand von Wissen und Bildung ausgeübt wird, um zu gewährleisten, daß moralische Urteile auch wirklich alle sachdienlichen Faktoren berücksichtigen.

Wir empfinden als Nation keinerlei Sympathie für Systeme und Regierungen, die die menschliche Freiheit leugnen und versuchen, alle Menschen nach einem vorbestimmten Bild auszurichten und sie als Werkzeug zur Vergrößerung der Macht des Staates zu benutzen. Wir hegen auch keinerlei Sympathie für Ansprüche auf Souveränität, bei denen die Konzeption des Aufeinanderangewiesenseins aller Glieder der Gesellschaft nicht akzeptiert wird. Als Amerikaner haben wir unsere Nation auf dem föderalistischen Prinzip aufgebaut, das ehemals souveräne Staaten zu einer kooperativen Gemeinschaft vereint. So ist es nur natürlich, daß wir die Idee der Zusammenarbeit zwischen den Nationen in der Verfolgung von Zielen, die den Bestrebungen aller Menschen entsprechen, immer wieder hervorheben.

Trotz einer gewissen oberflächlichen Indifferenz gegenüber den Feinheiten in der Beobachtung von Recht und Gesetz haben die Amerikaner eine tiefe Achtung für das Gesetz als der Grundlage des sozialen und bürgerlichen Lebens entwickelt. Wir sehen in dem von Menschen gemachten Gesetz das Bemühen, das moralische Gesetz auf die Umstände von Zeit und Ort anzuwenden. Unsere Verfassung ist heute das älteste schriftlich niedergelegte Grundgesetz der Welt. Diese Auffassung von Recht durchdringt unser gesamtes politisches System und verleiht ihm eine Stabilität und Mäßigung, wie sie unter den Regierungsformen unserer Zeit kaum ihresgleichen findet. Wir verlangen danach, das Verhalten der Nationen in ihren Beziehungen zueinander auf die Grundlage gebilligter rechtlicher Prinzipien gestellt zu sehen, die von moralischen Auffassungen hergeleitet werden. Wir verabscheuen die Herrschaft der Willkür, die nur die Launen eines Despoten widerspiegelt.

Alle diese Auffassungen und Ideen ergeben zusammen unseren amerikanischen Lebensstil. Sie bedeuten für uns die Vorstellung und die Realität von Freiheit unter dem Gesetz — unter dem Gesetz, dessen maßgebendster Bestandteil das moralische Gesetz ist. Es ist unvermeidlich, daß sie auch unsere Außenpolitik beeinflussen mußten. Denn bei einer parlamentarischen Regierungsform hat die Außenpolitik nur dann Gültigkeit, wenn sie Ausdruck und Abbild der nationalen Eigenheit und der nationalen Überzeugungen ist. Jeder, der unsere Politik verstehen will, sollte versuchen, uns als Nation zu verstehen.

Die Beständigkeit unseres nationalen Charakters ist es, was selbst in einer so raschen Wandlungen unterworfenen Zeit unserer Außenpolitik Stabilität und Kontinuität verleiht. Es ist gut, daß dies so ist, denn hierdurch werden jene, die die Vereinigten Staaten verstehen, in die Lage versetzt, auch die Beweggründe für ihr Handeln zu erfassen und so in ihrem eigenen Interesse abschätzen zu können, wie wohl die Reaktion der Vereinigten Staaten in der oder jener Situation ausfallen mag.

Diese Tatsache hat eine bedeutsame Auswirkung für unsere Alliierten. Als Führer einer großen Koalition können wir niemals hoffen, es allen Ländern recht zu machen. Aber wir können uns ihre Achtung erringen, wenn sie der Überzeugung sind, daß wir unserem wahren Wesen gemäß handeln.

Sie ist auch von Bedeutung in bezug auf jene, die uns feindlich gesonnen sind. Potentielle Feinde werden weniger geneigt sein, mit unserem Verhalten zu spekulieren — mit all den Risiken

von Fehlkalkulationen —, wenn sie mit einem vernünftigen Grad von Gewißheit mit unserer nationalen Verhaltensweise rechnen können.

Aus diesem Grunde sollten wir gegenüber allen — ganz gleich, ob Freund oder nicht — als ein Volk handeln, das stolz auf sein Erbe, sicher in seinen Überzeugungen und schicksalsvertrauend ist. Wir haben nicht den Wunsch, anderen unsere Gedankenwelt und das Schema unserer Institutionen aufzudrängen. Dennoch können wir stolz auf die Tatsache sein, daß unsere Prin-

zipien von den großen Denkern des 18. Jahrhunderts, dem „Zeitalter der Aufklärung“, konzipiert wurden, die mit ihren Ideen der gesamten modernen westlichen Kultur das Gepräge gaben. Diese Prinzipien sind nicht eng begrenzt, sondern universell in ihrer Anwendung. In Amerika gaben sie die Inspiration zum größten demokratischen Experiment der Geschichte. Solange diese Prinzipien unser nationales Verhalten bestimmen, ist es auch sicher, daß wir, auf lange Sicht betrachtet, Verständnis und Respekt begeben.

ALPHONSE JUIN

Freiheit und Sicherheit Europas

Vortrag, gehalten von Exzellenz Alphonse Juin, Marschall von Frankreich, Mitglied der französischen Akademie, vor den Mitgliedern und Freunden des Deutsch-Französischen Kreises e. V. am 25. September 1957 in Düsseldorf.

Ich habe heute die Ehre, zu Ihnen über das allgemeine Problem der europäischen Sicherheit zu sprechen, so wie es sich unseren Überlegungen in den jetzigen Zeitläufen darstellt. Ich werde dieses Problem besonders im Hinblick auf die internationalen Organisationen prüfen, auf die sich ein großer Teil der westeuropäischen Länder heute verläßt und auf die sie weitgehend die Sorge für ihre Sicherheit übertragen haben.

Dieses Wort Sicherheit bezeichnet die einem jedem lebendigen Wesen auf dieser Erde innewohnende Sorge, mag es sich nun um Einzelwesen oder Gruppen handeln, und es umfaßt einen Begriff, der untrennbar von jenem ist, den ein anderes teures Wort in uns erweckt: nämlich die Freiheit.

Man würde in der Tat nicht begreifen können, daß die Freiheit einer Nation anders als durch ein Sicherheitssystem gewährleistet werden kann und auch nicht, daß es heute den meisten Nationen möglich ist, ihre Sicherheit mit eigenen Mitteln sicherzustellen. Ob man es will oder nicht, in der Zukunft ist das verbindliche Gesetz die Gemeinschaft, allerdings nicht ohne als Gegenleistung eine teilweise Abgabe der Freiheit einer jeden Nation für diese Gemeinschaft zu fordern.

Die Länder des übrigen Europa — ich verstehe darunter jenes Europa, das behauptet frei zu sein, weil es noch nicht durch die kalte sowjetische Schicht zugedeckt ist — sind umso mehr von diesen grundsätzlichen Wahrheiten durchdrungen als sie in einem Zeitraum von weniger als einem Vierteljahrhundert die harten Prüfungen zweier Weltkriege erdulden mußten,

die sie alle in gleicher Weise geschwächt und in einem Zustand labiler Sicherheit belassen haben.

Dennoch waren diese Nationen bei Ausgang des letzten Krieges berechtigt, auf einen dauerhaften Frieden zu hoffen, unter der Bedingung, daß sie sich einig würden, gemeinsam ein wirkungsvolles Verteidigungssystem zu schaffen, und daß außerdem kein Irrtum darüber bestünde, wer der eventuelle Angreifer sei. Es scheint nun, daß man am Ende des Krieges gerade den Fehler begangen hat, nicht von vornherein zu erkennen, von wo die Gefahr kommen könnte.

Die UdSSR argumentierte mit der Tatsache, daß ihre Kriegsanstrengungen ein für den Sieg entscheidendes Moment gewesen sind — was nicht geleugnet werden kann — und erhielt von ihren angelsächsischen Verbündeten nicht nur einen Teil Ostdeutschlands, der ihr und ihrem jetzigen Satelliten Polen zugute kam, sondern

auch das Recht, für die Dauer den ostdeutschen Teil zu besetzen bis zu der Ausbuchtung Thüringens 150 km östlich des Rheins.

Es ist wahrscheinlich, daß die Sowjets seit langem an diesen Löwenanteil gedacht, und daß sie ihn unter weitgehenden politischen Gesichtspunkten abgeschätzt hatten und sich dabei durch eine vertiefte Kenntnis der historischen und geographischen Gegebenheiten Europas leiten ließen.

Der sowjetische Anteil war bei der Yalta-Konferenz festgesetzt und von der angelsächsischen Kriegsleitung zugestanden worden. Diese war durch den einzigen Gedanken, zunächst einmal ganz gleich mit welchem Preis zu siegen, schließlich soweit gekommen, sich in diese kompromißlose Haltung zu verrennen und zwar so weit, daß sie garnicht an die Zeit nach dem Kriege dachte, was immer ein unverzeihlicher Fehler gewesen ist.

Eine neue Organisation: Die Nato

Erst als sich der Eiserne Vorhang plötzlich über die Grenzen einer undurchdringlichen Satellitenmasse senkte und den Charakter einer wirklichen Eroberung annahm, erhob sich in dem westlichen Lager das Gefühl, daß sich der mögliche Gegner von nun ab ostwärts dieses Eisernen Vorhanges befinden würde.

Und das Erstaunen wuchs bei den Westmächten, als sie feststellen mußten, daß die Sowjets am anderen Ende des unübersehbaren europäisch-asiatischen Kontinents auch nicht untätig verblieben.

Wie immer, wurde sich Amerika über diese Lage erst nach einem langen Zeitraum klar, geblendet durch seinen Antikolonialismus,

durch seine Machtstellung wie seine Vorzugsstellung im Pazifik gesichert, schaute es entweder gleichgültig oder sogar ermunternd den ersten Manifestationen des asiatischen Nationalismus zu. Es bedurfte des Zusammenbruchs des durch Amerika unterstützten Chinas Tschiang Kai Tscheks und der Invasion Südkoreas durch die dem kommunistischen China des Mao Tse Tung hörigen Nordkoreaner, damit es sich mit viel Lärm unter dem Namen der für diese Gelegenheit mobilisierten UNO zum Handeln entschloß.

Der gesamte Westen wurde durch das Eingreifen Amerikas aufgestachelt und erhielt von den freien Ländern Resteuropas unter dem

Zeichen der UNO militärische Hilfe und erreichte ebenfalls von den meisten dieser Länder die Zustimmung zur Errichtung eines europäischen Verteidigungssystems, das den Gefahren, die aus dem sowjetischen Expansionsstreben entstehen könnten, besser gewachsen wäre. Die neue Organisation (NATO) würde von nun an auch das bereits militärisch besetzte Westdeutschland schützen, in der Erwartung, daß es ein aktives Mitglied des Atlantikpaktes würde.

Ein solches Bemühen eines Zusammenschlusses gegen den jetzt sehr wohl identifizierten möglichen Gegner, mußte bei allen Gliedern der freien Welt ein Wettstreiten der Rüstung mit sich bringen. Amerika nahm die größten Anstrengungen auf sich und behielt sich deshalb das Vorrecht auf die notwendigen Rohstoffe vor, deren Mangel eine ernsthafte wirtschaftliche Störung hervorrief, die geeignet war, die verarmten Nationen Europas zu ersticken.

Geteilte Angst

Andererseits hatte man in Europa gerade den durch die NATO vorgesehenen Sicherheitsplan aufgestellt, als man feststellte, daß er nur ein sehr brüchiges Bollwerk an den Fronten der freien Welt darstellte und zwar infolge des für uns nachteiligen Mißverhältnisses zwischen den klassischen Waffen beiderseits des Eisernen Vorhanges.

Die atlantische Gemeinschaft besaß wohl eine klar erkennbare Überlegenheit in neuen Waffen (Atomwaffen), aber man konnte sich auch vorstellen, daß der vorgesehene Gebrauch dieser Waffen sehr bald nicht mehr einseitig sein würde, und daß die von nun an geteilte Angst das unfehlbare Verfahren unwirksam machen würde, das die atlantische Koalition allein anwenden zu können glaubte, wie es im Verlauf des letzten Krieges auch mit dem Gas der Fall war.

Übrigens machte sich Amerika damals, als die einzige Besitzerin dieser Waffe, Gedanken, ob sie ihre automatische Anwendung im Angriffsfall garantieren sollte, so daß uns nichts anderes übrig blieb, als das Verteidigungsproblem unter dem Blickwinkel der Auffassungen des letzten

In der Tat setzte die brutale Anwendung dieser Maßnahme sie der Gefahr einer Lungenentzündung aus, während das wohlhabende und mächtige Amerika nur einen Schnupfen davonzutragen brauchte.

Auch waren die ersten Ergebnisse dieser allgemeinen Mobilmachung nicht sehr zufriedenstellend.

Einerseits sollte der Koreakrieg in Asien trotz der schweren, von den Vereinigten Staaten getragenen Opfer nur zu einem Kompromiß führen, zu einer halben Lösung, bei der Amerika für seine Verteidigung auf den ostasiatischen Inselstreifen zurückgeworfen, sich gezwungen sah, die ungeheure Größe des chinesischen Festlandes, das seinem Einfluß entzogen war, nur aus der Ferne und mit Melancholie zu betrachten, während die Franzosen, sich immer mehr in einen aussichtslosen Kampf verstrickten.

Krieges zu betrachten, d. h. nur mit den klassischen und herkömmlichen Mitteln und unter diesem Blickwinkel, es sei noch einmal betont, war das Mißverhältnis dergestalt, daß die freien Nationen Europas als unvermeidliche Folge einer ersten verlorenen Schlacht sich dem schweren Risiko einer weiten Invasion in ihre Gebiete ausgesetzt sahen.

Nachdem dieses Risiko während mehrerer Jahre aus Geldmangel bestanden hatte und als Folge der Verspätung des durch die Aufstellung deutscher Kräfte vorgesehenen Beitrages, konnte man sich von 1954 an der Erkenntnis nicht verschließen, die Kernwaffe gegen jeden bewaffneten Angriff in Europa zu verwenden, auch dann, wenn dieser Angriff nicht von vornherein mit Kernwaffen erfolgen würde. Eine äußerst wichtige Entscheidung, die die Unsicherheit über die Art des zu führenden Krieges aufhob und folglich die für die atlantische Verteidigung verantwortlichen Generalstäbe ermächtigte, eine neue Auffassung über die allgemeine Verwendung der Atomwaffe sowohl im strategischen wie im taktischen Bereich festzulegen, woran sie bereits im stillen gedacht haben.

Angleichung an den Atomkrieg

Nach einigen zögernden Versuchen wurden sie der Gegenstand einer offiziellen Regelung und führten zur Veränderung des Kriegswerkzeugs und der Kriegsführung im Sinne einer Angleichung an den Atomkrieg. Die so ins Auge gefaßte neue Lehre ist ihrem Prinzip nach eine Defensive, da es sich um die atlantische Koalition handelt, die nicht als Angreifer verstanden werden will, und da es sich darum handelt, zunächst ein Verteidigungssystem aufzubauen. Das bedeutet, daß der nach diesem Prinzip mögliche Krieg für uns sehr schlecht beginnen kann, da unser möglicher Gegner vollkommen frei ist, ihn gegebenenfalls vorzubereiten und überraschend auszulösen, wobei er uns die ersten Schläge austeilt, die immer besonders

gefürchtet sind. Ein solcher Krieg, d. h. eine von vornherein defensive Kriegsführung, hat immer, wie auch die angewandten Mittel sein mögen, etwas entstehen lassen, was ich in der Bildersprache Schild und Wurfspieß nennen möchte. Ein Schild, um die ersten Schläge zu mildern, um möglichst wenig Gebiete zu verlieren und um sich die Zeit nehmen zu können, die Verteidigungsmittel, die den Wurfspieß, die Waffe der Entscheidung bedeuten, zusammenzufassen und angriffsweise einzusetzen.

Aber während die Spielregel einst darin bestand, an der Front eine möglichst dichte Masse von Kämpfern zusammenzuziehen, die zwar wirksame Waffen, aber von nur geringer Tragweite hatten und die ungefähr bei allen Nationen

gleichmäßig in Gebrauch waren, so muß man nun auf die niederschmetternde und überraschende Wirkung der sogenannten neuen Waffen (A-Bomben oder H-Bomben) gefaßt sein, die in einigen Tagen, wenn nicht sogar in einigen Stunden, eine allgemeine Lähmung hervorrufen können.

Vor noch nicht allzu langer Zeit bemühte man sich, wenn der Feind einmal aufgehalten war, und man die eigenen Angriffsmittel zusammengefaßt hatte, nach den Regeln einer konventionellen Strategie zum Angriff überzugehen, um, wenn man die feindlichen Kräfte nicht in der Schlacht vernichten konnte, sie wenigstens Schritt für Schritt abzunutzen und ihre Reste auf ihr eigenes Gebiet zurückzujagen. Daraus entwickelte sich ein langsamer Kriegsrhythmus, obwohl die Fortschritte der klassischen Luftwaffe ihn in der letzten Zeit merklich beschleunigt hatten. Heute muß man, mit dem Erscheinen der neuen Waffen, fürchten, wie ich es bereits ausführte, daß der Schild zerspringt, und daß die allgemeine Lähmung eintritt, bevor man zum Gegenschlag ausholen kann. Gerade diese Lage wird der Angreifer zu erreichen suchen. Wie kann man dem zuvorkommen, wenn man nicht einen genügend starken Schild besitzt, der dieser Art der Kriegsführung angeglichen ist und wenn wir nicht auch über ein mächtiges Potential neuer Waffen verfügen, das geeignet ist, von der ersten Minute des Angriffs an, den Angreifer seinerseits zu paralisieren und sein Potential sowohl an seinen Produktionsquellen, so weit entfernt sie auch sein mögen, als an allen Verwendungsorten zu zerstören.

Es sind diese Waffen, die immer noch das Flugzeug als Beförderungsmittel brauchen, bis zum allgemeinen Einsatz der ferngelenkten Atomrakete, die unbestreitbar die Entscheidungswaffen werden und nicht mehr die klassischen bewaffneten Kräfte, die, wenn sie auch eine wesentliche Rolle für die Erhaltung des nationalen Hoheitsgebietes spielen, im Hinblick auf ihre Verwendung nur noch den Charakter von Hilfsmitteln haben.

Es versteht sich von selbst, daß man bei dem Aufkommen dieser Lehre im westlichen Lager eine ungeheuere Erleichterung empfand, denn sie bot die Möglichkeit einem Überraschungsangriff mit zahlenmäßig geringeren klassischen bewaffneten Kräften, die den Schild bilden entgegenzutreten und vielleicht auch dank des blitzartigen Gegenschlages durch Atomwaffen, der dem Angriff folgt, eine schnelle Kriegsentcheidung zu erreichen, wenn es überhaupt noch erlaubt ist, sich vorzustellen, daß es einen Sieger und einen Besiegten in einem Krieg geben kann, der durch massive Kernwaffenangriffe gekennzeichnet ist. Mangels Erfahrung würde das augenblicklich niemand zu behaupten wagen.

Man wird auf jeden Fall nicht daran zweifeln können, daß die Möglichkeit eines solchen Gegenschlages bis jetzt das Moment der wirkungsvollsten Entmutigung jeden Angriffswillens in Europa selbst gewesen ist.

Die Politik der UdSSR

Die UdSSR unterläßt es nicht, darüber ihrer Mißstimmung freien Lauf zu lassen, und das nicht ohne Grund. Einkreist, wie sie es zwischen der Kontinentalmasse Nordamerikas ist — muß man dies anerkennen — die ihr von der anderen Seite des arktischen Eismeer in geringer Entfernung gegenüberliegt und von den beiden Zangen, die einerseits im Westen durch die Stützpunkte in Resteuropa und am Mittelmeer gebildet werden und andererseits im Osten durch die Inselgruppen des Pazifischen Asiens. Es ist undenkbar, daß die UdSSR unter diesen Bedingungen einer vorsätzlichen Angriffsabsicht folgen kann. Und darum bemüht sie sich gerade heute, nachdem sie sich der Neutralität der Länder des südlichen Asiens versichert hat, wenigstens eine der beiden Zangen, und zwar die durch Resteuropa und das Mittelmeer gebildete, zu lockern.

Sie benutzt dazu ein diplomatisches Spiel aus Erpressung und Bluff, das nichts weniger beabsichtigt, als die mit Atomdrohungen bedachte NATO auseinanderzubringen im Falle des Angriffs auf eines der Territorien, die zu dieser Verteidigungsorganisation gehören, um an Stelle des Atomkrieges eine andere Form des Krieges, den sogenannten Partisanen- oder Bürgerkrieg, der durch Mittelpersonen geführt wird, zu setzen und der ebenso gefährlich und barbarisch wie der Krieg ist, den man verhindern will.

Es handelt sich in der Tat nicht mehr um geographisch getrennte Nationen, die sich gegenüberstehen, sondern um Zellen ein- und desselben Organismus, die sich gegenseitig verschlingen und die diesen Organismus wie der Krebs aushöhlen, wobei die Anwendung von Atomwaffen ausgeschlossen ist, weil man keine Demarkationslinie ziehen kann, und weil man dergestalt verfährt, daß der Einzelmörder, der nur mit einer Bombe oder mit einer Pistole bewaffnet ist, wieder das erste Werkzeug des Kampfes wird.

Wir Franzosen haben augenblicklich solch einen Krieg in Nordafrika zu erdulden, nachdem wir schon in Indochina seine Kosten getragen haben. Seine Hauptwaffe ist der Terror, der im Namen eines angeblichen Nationalismus und im Fieber des Rassenwahns durch religiösen Fanatismus ausgetragen wird.

Wenn die NATO in einer bestimmten Zeit den Krieg in Europa verhindern konnte, so besagt das nichts, da diese Verteidigungsorganisation im Begriff steht, an ihrer Mittelmeer-Flanke eingekreist zu werden, sehe man sich nur die Erfolge der Sowjets bei der Öffnung eines Zugangs zum Mittelmeer und beim Anknüpfen von Verbindungen im mittleren Orient und in Nordafrika an. Die Sicherheit der europäischen Partner ist in Frage gestellt und man begreift, daß diese sich beunruhigen und in dieser Stunde fragen, ob überhaupt ein Sicherheitssystem, dem sie einen großen Teil ihrer Souveränität, d. h. ihrer Freiheit, geopfert haben, wirksam ist.

Beruhet dieses System heute nicht auf zwei Grundlagen, die unter gewissen Umständen ge-

eignet sind, sich durch entgegengesetzte Wirkungen zu neutralisieren? Es handelt sich um die Organisation der Vereinten Nationen (UNO), die sich nur auf die internationale Moral verlassen will und die sich in ihren allgemeinen Sitzungen dafür verwendet, demokratisch das Gesetz der Zahl spielen zu lassen, eine seltsam bunte und beeinflussbare Zahl, die meistens zu Entschlüssen führt, die im Gegensatz zu den Grundprinzipien der Charta von San Francisco stehen. Es handelt sich ferner um die Nordatlantische Organisation (NATO), die lebensnahe ist, aber nur ein Verteidigungssystem und Verteidigungsmittel aufstellen will. Sie deckt übrigens auch nur eine sehr geringe und streng begrenzte Fläche unseres Planeten und ist mangels politischer Zuständigkeit zur Passivität gegenüber den Tatsachen verurteilt, die die Dinge betreffen, die sehr eng mit der Sicherheit der Zonen im Zusammenhang stehen, die sie zu verteidigen wünscht. So haben die Ereig-

Anläßlich der Suezkrise konnte man das sehr gut beobachten. Zwei europäische Großmächte hatten es für richtig erachtet, einzugreifen und sahen sich durch ein Kernraketenbombardement des Marschalls Bulganin bedroht. Niemand regte sich in der UNO und man mußte 8 Tage warten, bis sich eine Stimme in Amerika gegen ein solches Ansinnen erhob und erkennen ließ, daß die NATO unverzüglich mit Atomwaffen gegenschlagen würde. Und eigentlich war es nur ein militärischer Führer ohne politische Verantwortung, nämlich General Gruenther. Das Weiße Haus hüllte sich weiterhin in Schweigen.

Es versteht sich von selbst, daß diese Inkonsequenz in europäischen Kreisen der NATO Bestürzung hervorrief. Frankreich und England, die bei diesem Waffengang solidarisch waren, konnten die Brüchigkeit einer gemeinsamen Verteidigung ermahnen, die vom guten Willen eines einzigen abhängig ist und was es kostet, wenn man nicht mehr im Vollbesitze seiner Freiheit ist.

Diese Haltung der Vereinigten Staaten hat nichts Überraschendes. Sie besitzen eine furchtbare Zerstörungsmacht, die sie einerseits sichert, aber sie bei dem Gedanken, daß sie diese vielleicht eines Tages anwenden müssen, in Schrecken versetzt. Und es entspricht den Tatsachen, daß die Vereinigten Staaten seit Kriegsende in eine Ära unerhörten Wohlstandes eingetreten sind, die wahrscheinlich einen weiteren Weltkonflikt, bei dem Kernwaffen eingesetzt würden, nicht überleben kann.

Vergessen wir also nicht, daß die Aufrechterhaltung dieses Wohlstandes im Frieden augenblicklich den wesentlichen Inhalt der Politik Washingtons ausmacht. Vergessen wir ferner nicht, daß der Determinismus unserer amerikanischen Freunde aus einem Restbestand an Puritanismus und Philosophie des 18. Jahrhunderts nachwirkt, der, wenn er auch seit langem über eine eigene Vergangenheit der Vorteile aus Ko-

nisse in Algerien sie bis jetzt gleichgültig gelassen, obgleich Algerien mit zu dem durch sie geschützten Gebiete gehört. Das ist ein schwerer Fehler.

Was die UNO anlangt, so hat sie sich in der letzten Zeit wieder einmal unfähig erwiesen, den wahren Angreifer zu bestimmen und in Schranken zu halten. Sie schafft und unterhält dadurch eine aggressive Feindschaft, die gerade die NATO versucht aus der Welt zu schaffen. Dazu läßt sie gegen uns unter der Flagge des Antikolonialismus Stimmenmehrheiten ausspielen, zu denen gleichzeitig einige unserer besten Freunde der NATO und der mehr oder weniger totalitären unterentwickelten Länder, d. h. Sklavenhalter, treten, die in keiner Weise den durch die Charta vorgeschriebenen Grundbedingungen entsprechen.

Es gibt dort einen offenbaren Widerspruch, der auf die Dauer die Gefahr in sich birgt, daß sowohl die UNO als auch die NATO auf-fliegen.

Die Rolle Amerikas

lonialimperialismus hinwegsieht, sich nun noch bei jeder Gelegenheit durch Gewissenszwang kundtut, umsomehr als dieses Gewissen selbst ein wenig durch die Erinnerung an die erste Atombombe auf Hiroshima gehemmt ist.

Man muß also damit rechnen, daß Amerika alles ins Werk setzt, um die Risiken eines Weltkrieges zu vermeiden, sollten darunter auch die Sicherheit und Freiheit seiner Alliierten ernsthaft leiden.

Aber was wird denn aus unserer eigenen Sicherheit, wenn die internationalen Organisationen, auf denen sie beruht, so von ihren Zielen durch geistige Irrtümer abgebracht werden können, wenn z. B. im Angriffs-falle in Europa der Atomwaffengegenschlag nicht sofort ausgelöst würde oder, wenn es einträfe, wie einige einfältige und aufgeklärte Theoretiker es befürworten, daß die Strategie der NATO in Europa auf den Rückzug und die Verteidigung an der Pheripherie aufgebaut wird, d. h. einzig und allein aufgebaut wird auf eine außereuropäische Schlagkraft, an der die europäischen Nationen, England ausgenommen, nicht teilhaben und von der wir nicht einmal sehr sicher sind, ob sie automatisch eingreifen würde?

Das würde in derselben Stunde alle Bande der NATO auseinanderreißen, da die Staaten des freien Europa nicht einer Invasion mangels eines Schildes ausgesetzt sein wollen und dann der Vernichtung durch die Bomben der einen und der anderen. Soweit sind wir Gott sei Dank noch nicht. Aber man muß in diesem Zusammenhang allen amerikanischen Oberbefehlshabern, die seit der Gründung der NATO in der SHAPE sich abgelöst haben, dankbar sein. Sie haben sich immer mit Macht und Überzeugung gegen eine solche Konzeption gewehrt.

Alle diese Hypothesen sind darum nicht weniger beängstigend und die europäischen Generalstäbe sind darüber noch immer sehr besorgt.

Sie sind die ersten gewesen, als man den Einsatz der Atomwaffen im Falle eines Angriffs in Europa als gesichert ansah, die Bedeutung des Schildes zu begreifen und die Angleichung seiner Struktur und seiner Wirkungsweise an den Atomkrieg zu empfehlen. In diesem Zusammenhang sind sie mehr als irgendeiner in der Lage, aus ihrer alten und tiefen Erfahrung heraus einsichtsvolle Ratschläge zu geben. Aber sie wissen auch, daß Konflikte in den Randbezirken der freien Welt heraufbeschworen werden können, die den Einsatz der Atombomben ausschließen und den Einsatz der klassischen Kriegsmittel notwendig machen. Sie wissen andererseits, daß der Partisanen- und Bürgerkrieg, der ebenfalls den Einsatz der Atomwaffen ausschließt, eine schreckliche Wirklichkeit werden kann, was Frankreich dauernd an sich selbst erfährt.

England und der Club der Atommächte

England hat persönlich und realistischer seit langem sich entschlossen, in diesem Zusammenhang seine Freiheit zurückzugewinnen. Es hat sich niemals mit der Rolle abfinden können, in dieser neuen heiligen Allianz eine andere Rolle zu spielen, wie etwa der Lieferant für das Fußvolk zur Verteidigung des kontinentalen Europas zu sein und nicht an dem geschlossenen Club der Atommächte teilzunehmen. Es ist fest entschlossen, seinen Beitrag an der Deckung der NATO in Deutschland beträchtlich herabzusetzen, wenn nicht vollkommen aufzuheben, von dem Tage an, wo Deutschland nicht mehr die Kosten tragen würde, und es ist fest entschlossen, sich einen Vorrat an Kernwaffen nationaler Herstellung zu beschaffen. Man weiß nicht recht, welche Ergebnisse es erreicht hat, aber es genügen England einige experimentale Explosionen, darunter neulich die einer H-Bombe, um mit den zwei großen Blöcken, die bereits diese Waffen besitzen, englischer Behauptung nach, gleichzuziehen. Man kann England nicht übelnehmen, daß es auf diese Weise versucht hat, sich von einer zu engen Abhängigkeit von Amerika in bezug auf die für die Verteidigung notwendigen Waffen zu lösen und auch nicht, daß es gleichzeitig versucht hat, dadurch das Triumvirat von Yalta wieder herzustellen. Es ist sicher, daß Frankreich, wenn es versucht hätte, ähnlich zu verfahren, einen ganz anderen Respekt eingeflößt hätte, als den, den es heute unter den schwierigen Umständen, die es durchlebt, einflößt. Man kann sich leicht die Wirkung in der Welt vorstellen, die der Versuch einer einfachen A-Bombe mitten in der Sahara, ein für solche Versuche ausgezeichnet geeignetes Gebiet, verursacht hätte. Als bald hätte sich die Nachricht verbreitet, Frankreich habe das Geheimnis der Kernwaffen erschlossen und es besäße sogar einen Vorrat, den man sogar überschätzt hätte. Durch die Furcht würde unser Ansehen vergrößert und unsere Politik hätte ihren Vorteil daraus gezogen. Man hat gezögert, sich auf diesen Weg zu begeben, weil man das durch unvorhergesehene Ausgaben für unsere Verteidigung in Übersee bereits stark belastete Budget der

Zweifellos ist dieser Krieg durch die vierte Dimension psychologischer Art der härteste, denn er fügt diese Dimension des Gewissens zu den drei bekannten des Raumes der alten doktrinären Kriegsformen hinzu.

Die Generalstäbe haben auch schon daran gedacht, die nationalen Kräfte in Zukunft in Kräfte des Schildes, Eingriffskräfte und Kräfte für den inneren Krieg oder als solche gegen den Umsturz aufzuteilen, da sie bereits die Sicherheit haben, über Führer und Truppen verfügen zu können, die für die Durchführung dieser Aufgaben geeignet sind, aber es fehlt ihnen immer eine wirkliche Schlagkraft, die des Wurfspießes. Sie würden zweifellos beruhigter sein, — in der Ungewißheit über die automatische Anwendung der Atomwaffen im Falle eines offenen Angriffs — wenn sie die Abtretung atomarer Kampfmittel erreichen könnten, oder ermächtigt würden, sie sich selbst zu verschaffen.

nationalen Verteidigung nicht vergrößern wollte und nun hat man — man muß es wirklich befürchten —, alle Veranlassung zu glauben, daß die verlorene Zeit nicht mehr eingeholt werden kann.

Geht es nicht in der Tat im Augenblick bei der Abrüstungskommission darum, ein Verbot neuer Kernwaffenversuche als erste Bekundung eines aufrichtigen Abrüstungswillens aufzuzwingen? Dieses Argument liegt schwer auf dem Gewissen, wenn man weiß, welchen Ereignissen die Menschheit heute durch den allgemeinen Gebrauch von apokalyptischen Waffen, die in einem Nichts an Zeit ein vollkommenes Entsetzen verursachen können, ausgesetzt ist. Es wäre gotteslästerlich, wenn Menschen, die sich als Kulturmenschen betrachten, nicht jene Versuche unterstützen wollten, die der Beseitigung solcher Gefahren dienen und nicht bei dem Gedanken erschrecken würden, daß solche Zerstörungskräfte eines Tages in irgendwelche Hände gelegt werden könnten. Der Planet würde dabei zerspringen. Aber was würde aus der Sicherheit und der Freiheit des Freien Europa, wenn das Verbot, von dem die Rede ist, verbindlich würde

und wenn auf internationaler Ebene alle Vorichtsmaßnahmen getroffen wären, damit nicht dagegen verstoßen werden kann?

Man kann in dieser Hinsicht zwei Hypothesen aufstellen: Die erste wäre die, daß, wenn das Verbot einmal ausgesprochen wäre, die Mächte des Atom-Clubs sich entscheiden würden, ihren Vorrat mit bereits erprobten neuen Waffen zu erhalten; so würden sie, indem sie ihr Waffenmonopol verstärkten, zu den Schiedsrichtern der Welt, allerdings unter der Vorbedingung, daß sie sich gegenseitig verständigen könnten. Aber daran kann man zweifeln und unter diesen Bedingungen ist es wahrscheinlich, daß die NATO in der Form einer Verteidigungsgemeinschaft weiter bestehen würde, die Großmächte und Vasallen anderer Art zu Mitgliedern hat. Diese letzteren, zu denen Frankreich mit Westdeutschland gehören, wären wahrscheinlich dadurch nicht gesicherter, da sie immer das Gefühl haben müssen, weiterhin das Objekt eines Angriffs zu sein, der nicht unbedingt ein Atomkrieg zu sein braucht. Damit sie sich wirklich sicher fühlen, wäre es notwendig, daß die Großmächte der Verteidigungsgemeinschaft ihnen einen Teil der Vorräte, über die sie verfügen, abtreten würden und daß sie so die Freiheit und Möglichkeit bekämen, sich einem Angriff entgegenzustellen.

Die zweite Hypothese endlich wäre, daß sich die Atommächte entschließen, ihren Vorrat zu zerstören, immer um einen Beweis für ihren Wunsch zu leisten, den Frieden durch Abrüstung zu sichern. Das wäre, wenigstens in Europa, ein Glücksfall für eine Macht, nämlich für die UdSSR, die im gleichen Augenblick ihre Überlegenheit in den konventionellen Waffen wiederherhalten würde und in Versuchung kommen könnte, daraus Vorteile zu ziehen, wenn es nicht gleichzeitig die Streitkräfte des westlichen Lagers gäbe, die noch bei weitem nicht über die notwendige Anzahl der Divisionen verfügen, die wir als notwendig erachtet haben, um den Angriff unter Mitwirkung von Atomwaffen abzufangen, und die ohne diese Atomhilfe vollkommen unfähig sein würden, den ersten Schlag durchzustehen.

Mangelnde Solidarität des Westens

Alle diese Fragen sind beängstigend für die freien Nationen Resteuropas, die sich der Gefahr bewußt sind, die durch die mangelnde Solidarität des Westens entsteht und die sich mit bezug auf die Abrüstung fragen, ob es jemals möglich sein wird, ein Kontrollsystem aufzustellen, das kein Betrug ist und die zu zweifeln anfangen, ob eine Sicherung durch dieses Mittel möglich sei. Übrigens ist die Abrüstungskonferenz in London über diesen letzten Punkt neulich gestrauchelt und daher orientieren sich die europäischen Völker in ihrer Verwirrung auf eine dritte Kraft, auf ein vereintes Westeuropa, das am Anfang auf das Europa der Sechs reduziert ist, aber souverän sein wird und imstande ist, ein machtvolleres Gleichgewicht zwischen den beiden großen Blöcken durch die gemeinsame Ausbeute seiner Kraftquellen zu entwickeln. Die

Idee ist nicht neu und in ihrem Prinzip unangreifbar, aber sie wurde, wie Sie wissen, mancher Drangsal unterworfen, die aus den Wegen und Mitteln der Verwirklichung entstanden, die am Anfang vorgeschlagen wurden und die versuchten, vor allen anderen Dingen die militärischen Kräfte im Rahmen einer Verteidigungsgemeinschaft zu verschmelzen, d. h. einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft gerade in dem Augenblick, als eine solche Form der NATO mit integrierten Generalstäben aufgestellt wurde, die viel bessere Garantien vom technischen Standpunkt aus bot. Das hieß eigentlich den Pflug vor den Ochsen spannen, indem man die Armeen frühzeitig entnationalisierte, so daß sie ihre Seele verloren, und selbst im Rahmen der NATO ohne Wirksamkeit waren. Alle Soldaten wissen wohl, was den wahren Wert einer Armee

ausmacht. Das ist vor allen Dingen ihr Nationalgefühl. Man hat diesen ersten Plan torpediert, und ich glaube als Franzose, daß man recht hatte in Anbetracht der Schwierigkeiten, die sich für uns ergeben hätten, als es sich darum handelte – und das geht weit zurück – in Indochina unsere europäischen Kräfte einzusetzen, um mit unseren schwierigen auswärtigen Problemen (erst Indochina, dann Nordafrika) fertig zu werden.

Diese Idee ist kürzlich wieder durch Euratom und den Gemeinsamen Markt aufgenommen worden, ohne daß dabei der militärische Apparat berührt wurde und die Durchführung hat die Zustimmung der Parlamente erlangt.

Freuen wir uns darüber, obschon es wünschenswert gewesen wäre, daß dieses Europa der Sechs, wenn es auch nur auf diese einfache und ungenügende Bezeichnung zurückgeführt wurde, auf einer gerechten Charta aufgebaut worden wäre, die den berechtigten Beiträgen eines Jeden mehr Rechnung tragen würde. Jedenfalls hat

das Schiff, auf das wir uns eingeschifft haben, nunmehr seine Anker gelichtet. Es bleibt uns nichts mehr übrig, als ihm eine glückliche Fahrt fern der Klippen zu wünschen. Das wird viel Wachsamkeit erfordern, damit nicht alles in einen allzu entnationalisierten und zu entgeistigten Materialismus versinkt, der diesmal den Menschen des alten Okzident ihre teuersten Freiheiten rauben würde.

Diese Sprache mag Ihnen sybillisch erscheinen, aber ich erkläre mich deutlicher, wenn ich Ihnen gestehe, daß ich, wenn ich von Materialismus spreche, an die Herrschaft der Technokraten denke, die heute diese ganze Bewegung der europäischen Einheit inspiriert und belegt.

Sie nimmt mehr und mehr den Charakter einer neuen Ideologie an, die sich auf der Ebene des Ertrages und der Wirksamkeit leicht rechtefertigt. Sie hat aber einen gefährlichen Hang, sich vom Sozialismus und Totalitarismus einfangen zu lassen. Wir haben den Beweis dafür,

daß dieser unmerklich zum Materialismus führen muß und zwar auf dem Wege der Entnationalisierung und der Entgeistigung, den der Totalitarismus gehen muß, um sich durchsetzen zu können. Wenn wir ohne Zügel uns auf diesen Abhang gleiten lassen, laufen wir vielleicht, ohne es zu bemerken, Gefahr, ein gutes Stück Weges ostwärts zu machen. Wenn Herr Chruschtschow seinerseits in Richtung auf den Westen das gleiche mit seinen mit Marxismus belegten Butterbroten machen würde, die er uns lächelnd anbietet, würden diese beiden Ideologien sich bald in der gleichen materialistischen Philosophie vermischen und so ein für die Aufsaugung des kleinen Europa durch den sowjetischen Block günstiges Gebiet schaffen, was uns abermals der Freiheiten berauben würde, denen wir, die Menschen des Okzidents, am meisten verbunden sind.

Das ist vielleicht nur eine geistige Sicht, doch man nehme sich in acht!

Nachbestellungen der Beilagen „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind an die Bundeszentrale für Heimatdienst zu richten. — Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung „Das Parlament“ zum Preise von DM 1,19 monatlich bei Postzustellung einschl. Beilage sowie Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 5,— pro Stück einschließlich Verpackung, zuzüglich Portokosten, nur an die Vertriebsabteilung, Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23.

HERAUSGEBER: BUNDESZENTRALE FÜR HEIMATDIENST · BONN/RHEIN · KÖNIGSTRASSE 85